



23. August 2020

CHF 6.00
www.sonntagszeitung.ch

Nr. 34 | 34. Jahrgang | AZA 8021 Zürich
Redaktion: 044 248 40 40 Aboservice: 044 404 64 40
Gratisnummer Wochenende von 8 Uhr bis 11 Uhr: 0800 808 014

Sexualität

Das unterschätzte
Lustzentrum der Frau

Wissen — 52

Buchstabensalat

Das unverständliche
Behördendeutsch

Gesellschaft — 45

Podladtchikov

Der Olympiasieger
tritt zurück

Sport — 25

23° Mittelland Recht freundlich und trocken, im Westen meist sonnig. **19° Alpen** Wolkenfelder, ab und zu kann es kurz nass werden. **28° Tessin** Mehrheitlich schön, im Norden leicht föhnig, im Süden gewitterhaft.



Grossanlässe: Berset gerät unter Druck

Kantone, Wissenschaft und Politik
verlangen strenge Kriterien

Von allen Seiten steigt der Druck auf Bundesrat Alain Berset, scharfe Vorgaben für die Durchführung von Grossanlässen zu erlassen. «Wir erwarten, dass der Bund in seiner Verordnung zur Bewilligung von Grossveranstaltungen klare epidemiologische Kriterien festlegt, die erfüllt sein müssen, damit solche Anlässe bewilligt werden können», sagt Lukas Engelberger, Präsident der schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz.

Aus deren Sicht wären etwa die Entwicklung der Fallzahlen und genügend Kapazitäten beim Contact-Tracing als mögliche Kriterien denkbar. Diese sollten gemäss Engelberger als Minimalanforderungen zu verstehen sein. «Die Kantone müssten die Freiheit haben, unter besonderen Umständen Bewilligungen nicht zu erteilen oder zu entziehen, obwohl diese Anforderungen erfüllt wären.»

Auch die wissenschaftliche Corona-Taskforce des Bundes sowie Parlamentarier fordern Vorgaben. Werden sie vom Bundesrat erlassen, könnte dies vor allem die Bewilligung von Grossanlässen in den Kantonen Genf, Waadt und Zürich erschweren. Dort sind die Fallzahlen derzeit schweizweit am höchsten. CVP-Nationalrätin Ruth Humbel findet es etwa «heikel», wenn unter den aktuellen Bedingungen in Genf, wo in der letzten Woche über 200 neue Fälle registriert wurden, Grossanlässe stattfänden. **Schweiz — 3**

Glosse

P.S. Die Wahlwerbung der Parteien. Heute: Die JungeGrüneSVP

(Vogelgezwitscher, voice over) Ich gsehn ä Natur so schön wie niäned suscht. Mis Mami seit, mir läbed im schönschte Land vo dä Wält. Drum tüend mir au nöd flügä – der Umwelt z'lieb. Mir müend eusi Landschaft schützü. Drum händ mis Mami und min Papi für d'Zersiiddigsinitiative gschumme. Min Papi seit: Eusi Kultur isch sehr wichtig. Wenn ich mal gross bin, wett ich drum Kulturwüsseschafte studiere. Mir sind es chlises Land und de Nonno Luigi het härt dafür gschaffed. Vill Mänsche wänd vo öisere Arbet profitiere. Mis Mami seit: Das sind d'Kapitalischte. Die steckt d'Mehrwert vo öisere Arbet i d'eigne Täsche. Drum händ mis Mami und min Papi au für d'Min-deschtlöhniinitiative gschumme, aber die isch au abgelehnt worde. Immer me wend id Schwiz. Es bruucht niedrigere Stüüre, damit euses Land au in Zukunft attraktiv bliibt, sägets. Obwohl mir gar kein Platz händ für alli. Überall so viel Autos, immä mehr CO₂. Dä Papi hät sit letscht Summer kei Arbet me. Die händ d'Kapitalischte in es Billiglohnland uusglageret, wo d'Mönsche ohni gwerkschaftlich Rächt müend chrampe. Darum stimmt min Papi und mis Mami für d'Konzernverantwortungsinitiative. I minä Klass sind nur no d'Sarah und d'Leila Schwizer. Min Grossätti Luigi isch au erscht ibürgeret worde, da isch er scho füffzgi gsi. Überall Baustelle und Beton. Mis Mami seit, das isch das enthemmte kapitalischtisch Wachstum. S'Tram isch immer vollä, sitzä chani nie weg de breitbeinigi Manne. Min Papi seit, das isch d'toxische Männlichkeit. Isches nöd langsam zviel? Jetzt isch dä Momänt zum Stopp sägä! Ich wett, dass ihr ändli Panik überchömed. Peter Schneider

Babys sollen gegen Grippe geimpft werden

Bund lanciert grosse Impfoffensive – auch zur Corona-Vorsorge



Damit das Gesundheitssystem entlastet wird: Auch Babys ab sechs Monaten droht die Spritze

Foto: Keystone

Fabienne Riklin

Das Bundesamt für Gesundheit rät, dass sich diesen Herbst nicht nur Schwangere, chronisch Kranke und ältere Menschen gegen die Grippe impfen lassen, sondern auch deren enge Kon-

taktpersonen. Dazu gehören Säuglinge ab sechs Monaten. Der Grund: Während Kinder nur leicht an Covid-19 erkranken und das Coronavirus schlecht übertragen, gilt bei der Grippe genau das Gegenteil. Mit der Impfoffensive will der Bund erreichen, dass die Ärzte nicht zu vie-

le Grippepatienten behandeln müssen, bei denen die Unterscheidung zu Covid-19 schwierig ist. Und dass das Gesundheitssystem zusätzlich entlastet wird. Bisher mussten jeden Winter Hunderte Patienten wegen der Grippe hospitalisiert werden. **Schweiz — 2/3**

Schwangere Lehrerinnen bleiben zu Hause – Schulen am Anschlag

Kurz vor dem Start ins neue Schuljahr gab das Bundesamt für Gesundheit bekannt, dass jetzt auch Schwangere zur Risikogruppe gehören. Das fordert die Schulen. Schwangere Lehrerinnen, die sich mit ärztlichem Attest beurlauben

liessen, würden zum Teil «mehrere Monate ausfallen», sagt Philipp Grolimund, Co-Präsident des Aargauer Schulleiterverbands. «Das verschärft den herrschenden Personalmangel an den Schulen zusätzlich.» **Schweiz — 9**

1500 offene Rechnungen für Rückführungsflüge

Über 7000 Reisende musste der Bund in der Corona-Krise mit Spezialflügen zurück in die Heimat bringen. Für die Kosten müssen die Geretteten zum Grossteil selbst aufkommen. Doch 1500 haben die vom Departement für auswärtige

Angelegenheiten verschickten Rechnungen nicht bezahlt. Die Frist von 30 Tagen ist abgelaufen. Nun musste der Bund nachhaken und Mahnungen verschicken. Ausstehend sind noch 1,7 Millionen Franken. **Schweiz — 5**

Editorial

Als Nächstes kommt die Maskenpflicht im Büro

Steigende Fallzahlen, gefährliche Aerosole, Streit zwischen Bund und Kantonen sowie dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) und seinen Experten, Datenchaos, eine Corona-App, die de facto sinnlos ist, und kaum Aussicht auf einen rasch verfügbaren Impfstoff – Bad News gibt es scheinbar unendlich viele. Jetzt gibt es endlich auch einmal gute Nachrichten zu Corona: Roche hat letzte Woche mit Regeneron einen Deal zur Herstellung eines Covid-19-Medikaments geschlossen. Das Mittel ist eines der weltweit am weitesten fortgeschrittenen und könnte bald eine Zulassung bekommen.

Wahrscheinlich ist es im Moment der erfolgreicheren Weg, nach wirksamen Mitteln zur Behandlung der Krankheit zu forschen, als auf die rasche Einführung eines Impfstoffs zu hoffen. Bis ein solcher so weit getestet ist, dass er sicher abgegeben werden kann, dürfte es noch länger dauern. Und eine Impfkampagne ohne ausreichende Tests wie in Russland ist bei uns nicht möglich. Dafür, und das ist positiv, könnte man mit einer forcierten Grippeimpfung die absehbar kritische Situation in

Schulen und Spitälern im Herbst und Winter weitgehend entschärfen.

«Noch immer wird über Masken gestritten, obwohl die Evidenz eindeutig ist»

Doch damit nicht genug: Ein erneuter Lockdown sei unwahrscheinlich, sagte der Zürcher Epidemiologe Milo Puhan am Freitag. Eine solch «primitive Massnahme» sei nicht nötig, denn man wisse nun ja, wie sich die Ver-

breitung des Virus bremsen lassen könne, um mit gezielten Massnahmen zu reagieren. Das heisst, Social Distancing, Hygiene – und jetzt wird es weniger positiv: Wahrscheinlich wird im Herbst auch eine Maskenpflicht in allen Innenräumen nötig werden. Denn immer mehr wird klar, dass in den stickigen Innenräumen und schlecht gelüfteten Sitzungszimmern auch die 1,5 Meter Abstand nicht reichen, um Ansteckungen zu vermeiden.

Darum hat Novartis als erster Schweizer Grosskonzern diese Woche die Maskenpflicht eingeführt. Der Pharmakonzern wird wissen, warum er das tut. In allen Nachbarländern gilt bereits seit längerem eine Tragepflicht in den Läden und den Restaurants. Darüber regt sich dort niemand mehr auf. Bei uns hingegen ist in der Deutschschweiz Basel-Stadt bisher die Ausnahme. Noch immer wird darüber gestritten, ob die Masken nützen, obwohl die Evidenz eindeutig ist.

Wir sind drauf und dran, die bisherigen Erfolge im Kampf gegen das Virus im sommerlichen Leichtsinne zu verspielen. Wers nicht glaubt, soll zum Beispiel einmal in die vollen Badis gehen, wo die Menschen dicht gedrängt nebeneinanderliegen. Es zeigt sich immer mehr: Ohne Zwang lassen sich unangenehme Massnahmen zur Seuchenbekämpfung nicht durchsetzen. Es ist genau wie im Strassenverkehr: Wer fährt schon mit 30 Kilometern pro Stunde durch eine Quartierstrasse, wenn es nicht vorgeschrieben ist? Genau so ist es mit den Masken. Wer zieht das umständliche und unbequeme Ding schon an, wenn es nicht vorgeschrieben ist? Darum muss die Politik jetzt handeln.



Arthur Rutishauser,
Chefredaktor

arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung



Um ältere und schwächere Menschen vor der Grippe zu schützen, empfiehlt das Bundesamt für Gesundheit nicht nur ihre Impfung, sondern auch die ihrer Enkelkinder: Kleine und grosse Patienten beim Arzt

Foto: Getty Images

Fabienne Riklin

Heftige Kopfschmerzen, hohes Fieber, Husten und Gliederschmerzen: Worauf deuten die Symptome hin? Grippe oder doch Corona? Die Krankheitsbilder der beiden Virusinfektionen ähneln sich stark, Klarheit gibt es nur mittels Tests.

Infizieren die Erreger aber Kinder, gibt es markante Unterschiede. Während die Kleinsten nur leicht an Covid-19 erkranken und das Coronavirus schlecht übertragen, kann sie eine Grippe schwer treffen. Zudem sind die Kinder oft Überträger der Influenzaviren. Deshalb setzt die neue Strategie des Bundesamts für Gesundheit (BAG) im Kampf gegen die Pandemie bei ihnen an. Denn würden neben den befürchteten Corona-Patienten zu viele Grippeinfizierte das Gesundheitswesen belasten, bestünde die Gefahr, dass es an den Anschlag kommt.

Mehrere Tausend Menschen mussten letztes Jahr ins Spital

«Es ist sinnvoll, nicht nur ältere und schwächere Menschen zu impfen, sondern zusätzlich in deren Nähe die Hauptverbreiter der Viren, nämlich die Kinder», sagt Mark Witschi, Leiter Sektion Impfeempfehlungen und Bekämpfungsmassnahmen beim BAG. Betroffen sind auch Säuglinge, die ab dem Alter von sechs Monaten

gegen die Grippe geimpft werden sollen.

Diese neue Strategie wird für Diskussionen sorgen und nicht überall auf Zustimmung stossen. Forschungen zeigen allerdings deutlich, dass die Krankheitszahlen explodieren, sobald eine Grippeepidemie die Schulen erreicht hat. Denn es sind vor allem die Kinder, die die hochansteckenden Influenzaviren auf Geschwister, Eltern und Grosseltern übertragen. Knapp 200'000 Menschen suchten letzten Winter mit grippeähnlichen Symptomen einen Arzt auf, mehrere Tausend Erkrankte mussten ins Spital.

Für eine Impfung der Kinder spricht zudem: Sie erkranken selbst oft schwer. «Auf dem Gipfel der Grippewelle im Januar und Februar hatten wir sehr viele Kleinkinder und solche im Vorschulalter auf unserer Notfallstation», sagt Anita Niederer-Loher, Oberärztin Infektiologie am Kinderspital St. Gallen. Die meisten konnten die Mediziner ambulant behandeln, doch einige waren so krank, dass sie bleiben mussten. Sie waren dehydriert, mochten nicht mehr trinken und mussten künstlich ernährt und beatmet werden.

Im Universitäts-Kinderspital Zürich (Kispi) waren die Ärzte letz-

ten Winter ebenfalls gefordert. Knapp 1400 Kinder mit Influenzasymptomen mussten sie behandeln, 97 davon stationär. Manchmal erliegt ein kleiner Patient sogar dem Virus. «Glücklicherweise hatten wir letzten Winter keinen Todesfall», sagt Christoph Berger, Leiter der Abteilung Infektiologie und Spitalhygiene am Kispi.

Bund will 50 Prozent mehr Impfdosen organisieren

Schweizweit sterben jedes Jahr mehrere hundert, in Ausnahmefällen bis zu 2500 Menschen an der Grippe. Die Influenza kann auch bei Erwachsenen schwere Kompli-

Ein Pieks für Alte und Jüngste

Um das Gesundheitswesen im nächsten Winter zu entlasten, lanciert der Bund eine neue Grippekampagne. Schon Säuglinge sollen geimpft werden



kationen verursachen – etwa Entzündung von Lunge, Herzmuskel oder Gehirn. Gefährdet sind vor allem Schwangere, chronisch Kranke und ältere Menschen – weshalb das BAG den Risikopatienten und ihren Nächsten dringend eine Impfung empfiehlt. Der idealste Zeitpunkt dafür ist ab Mitte Oktober, da es rund 14 Tage dauert, bis der Schutz aufgebaut ist.

1,2 Millionen Impfdosen hatten Apotheker, Ärzte und Spitäler letzte Saison zur Verfügung. Für diesen Winter versucht der Bund, 50 Prozent mehr bereitzustellen. Noch ist das nicht gelungen. Weltweit ist die Nachfrage gross. Beim BAG ist man aber zuversichtlich, dass bis Dezember alle 1,8 Millionen Dosen geliefert sein werden. «Die Grippewelle beginnt oft Anfang Jahr. Daher ist es im Dezember nicht zu spät zum Impfen», sagt Mark Witschi vom BAG.

Doch reichen die Impfdosen aus? Vor Corona war in der Schweiz die Impfskepsis gross. Nur 31 Prozent der über 65-Jährigen, 25 Prozent der chronisch Kranken und Risikopatienten sowie 25 Prozent des Gesundheitspersonals liessen sich impfen. Das könnte sich diesen Winter ändern. Davon ist auch Christoph Berger überzeugt. Der Kinderarzt amtiert als Präsident der Eidgenössischen Kommission für Impffragen (Ekif) und sagt: «Wegen der Pandemie könnte das Interesse grösser sein.» Vielleicht

werde vielen bewusst, dass es bei der Grippe neben Hygiene und Social Distancing einen zusätzlichen Schutz gebe. Im Fall einer Impfstoffknappheit hätten jene Personen Priorität, für die eine Empfehlung besteht.

Strategie hatte in England grossen Erfolg

Besonders effektiv ist der Impfstoff bei Kindern und Schwangeren. «Die Mütter übertragen die schützenden Antikörper via Plazenta auf das Kind und verhindern so, dass es in den ersten Lebensmonaten schwer erkrankt», sagt Berger. Und 90 Prozent der Kinder und jungen Erwachsenen sind nach einer Impfung vor einer Infektion geschützt. Bei den älteren Menschen sind es dagegen lediglich 50 Prozent. Der Grund: «Im Alter funktioniert das Immunsystem zum Aufbau des Impfschutzes nicht mehr so gut», sagt Berger. «Aber bei den Senioren ist ein Schutz von 50 Prozent besser als nichts.»

Als Vorbild gilt England, das bei der Grippe bereits seit 2013 auf die sogenannte Herdenimmunität setzt – nach dem Motto: «Catch it, Bin it, Kill it.» Das britische Gesundheitswesen bietet 25 Millionen Menschen, fast der Hälfte der Bevölkerung, gratis Impfungen an – neben den Risikopatienten auch allen Kindern zwischen zwei und elf Jahren. Den Impfstoff sprühen

die Ärzte den Kindern direkt in die Nase. 60 Prozent der Vier- bis Elfjährigen und 40 Prozent der Zwei- und Dreijährigen sind letzte Saison so geimpft worden.

Die Engländer sind überzeugt: Wenn man Kinder gegen Grippe impft, haben alle etwas davon. Die aktuellen Zahlen geben dem britischen Gesundheitsministerium recht. Vor 2013 starben rund 11'000 Menschen in England jedes Jahr an der Grippe. Vergangene Saison waren es noch 312 Todesfälle. Das sind weniger als in der Schweiz, obwohl England fast siebenmal mehr Einwohner hat.

Auch die Gesundheitsbehörden des amerikanischen Staates Massachusetts setzen auf den britischen Weg. Sie haben diese Woche ein Impfblogatorium für alle erlassen, die eine öffentliche Schule oder Betreuung besuchen. Also für alle zwischen sechs Monaten und Universität.

Für Infektiologe Berger steht fest: Sinnvoll wäre es, hierzulande alle Kinder zwischen vier und zwölf Jahren gegen Grippe zu impfen. «Zum einen, um sie selbst zu schützen, zum anderen, weil sie oft die Krankheit an die Grosseltern übertragen, die ein viel höheres Risiko für Komplikationen haben.» Aber dafür brauche es eine «unglaublich gute Aufklärungskampagne», sagt Berger. Von einem Impfblogatorium wollen die Schweizer Experten absehen.

Fussballspiele und Konzerte in Zürich und Genf sind gefährdet

Grossevents sollen nur unter bestimmten Kriterien stattfinden: Kantone und Wissenschaftler drängen auf strenge Vorgaben

Sportclubs und Konzertveranstalter haben sich womöglich zu früh gefreut, als der Bundesrat letzte Woche das Grossanlass-Verbot per 1. Oktober aufhob. Ob ab diesem Zeitpunkt überall in der Schweiz vor vielen Zuschauern gespielt und musiziert werden kann, bleibt fraglich. Denn jetzt wird von allen Seiten der Druck auf den Bundesrat erhöht, scharfe Vorgaben zu machen.

«Wir erwarten, dass der Bund in seiner Verordnung zur Bewilligung von Sport-Grossveranstaltungen klare epidemiologische Kriterien festlegt, die erfüllt sein müssen, damit solche Anlässe bewilligt werden können», sagt Lukas Engelberger, Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) und Basler Regierungsrat. Aus GDK-Sicht wären etwa die Entwicklung der Fallzahlen und genügend Kapazitäten beim Contact-Tracing als mögliche Kriterien denkbar. Diese sollten als Minimalanforderungen zu verstehen sein. «Die Kantone müssten die Freiheit haben, unter besonderen Umständen Bewilligungen nicht zu erteilen oder zu entziehen, obwohl diese Anforderungen erfüllt wären.»

Die Mehrheit der Gesundheitsdirektoren war schon vor dem Entscheid des Bundesrats skeptisch, ob die Zeit für Grossevents reif sei. Kritisch äusserte sich auch die wissenschaftliche Taskforce des Bundes. Nun verlangt das Gremium ebenfalls Vorgaben. «Aus meiner Sicht wäre es sehr sinnvoll, wenn die Kantone messbare Kriterien wie zum Beispiel die kantonale Contact-Tracing-Kapazität, Fallzahlen und den Reproduktionswert generell bei der Umsetzung von Massnahmen berücksichtigen würden, natürlich auch bei der Bewilligung von Grossveranstaltungen», sagt Sebastian Bonhoefer, Professor für Theoretische Biologie an der ETH Zürich. Er geht aber davon aus, dass dies die Kantone bereits täten.

Zuger Regierungsrat ist gegen scharfe Grenzwerte

Klare Auflagen fordern auch Bundespolitiker. «Damit Grossanlässe bewilligt werden können, müssen epidemiologische Kriterien erfüllt sein», sagt Ruth Humbel, CVP-Nationalrätin und Chefin der Gesundheitskommission. Dazu brauche es gesamtschweizerische Vorgaben, die eine differenzierte Beurteilung in den Kantonen zulassen. Humbel nennt das Beispiel Genf, welches in der letzten Woche über 200 neue Ansteckungen verzeichnete. «Ich finde es heikel, wenn unter den aktuellen Bedingungen dort Grossanlässe stattfinden.»

BDP-Nationalrat Lorenz Hess sieht in klaren und messbaren epidemiologischen Kriterien zudem ein «Gebot der Chancengleichheit für die Veranstalter». Die Kantone könn-

ten auch weniger unter Druck gesetzt werden, wenn klar sei, unter welchen Voraussetzungen Anlässe erlaubt werden dürften.

Hohe Fallzahlen vermeldeten zuletzt neben Genf auch Waadt und Zürich – also Kantone mit Städten, wo viele Grossanlässe stattfinden. Aus heutiger Sicht könnten epidemiologische Kriterien für die Bewilligung insbesondere dort zum Problem werden. Ein Event im Zürcher Hallenstadion scheint mehr gefährdet zu sein als einer im KKL Luzern.

Die Kantone sind sich allerdings nicht ganz einig: Für den Zuger Gesundheitsdirektor Martin Pfister wäre es «falsch», für die Bewilligung von Grossanlässen in Sportarten wie Eishockey, die in der ganzen Schweiz stattfinden, «scharfe epidemiologische Grenzwerte festzulegen». Die Kantone bräuchten bei der Beurteilung der Lage Spielraum. «Sonst kann der Bund gleich alles selbst regeln.»

Noch weiter geht die SVP: «Es braucht keine Bundesnormen für die Bewilligung von Grossanlässen», sagt Nationalrat Thomas de Courten. «Die Kantone sind kompetent genug, um die Lage zu beurteilen.» Es sei ohnehin selbstverständlich, dass sich die Kantone untereinander absprächen.

FDP-Ständerat Damian Müller bringt nun einen Mittelweg ins Spiel. Epidemiologische Kriterien seien insofern nötig, als dass man auf die Lage in den einzelnen Regionen Rücksicht nehmen müsse. «Treten Ansteckungsherde auf, muss man aber nicht gleich alles absagen.» Stattdessen könne man die Schutzmassnahmen und Konzepte in einem Stadion anpassen. «Das Wichtigste ist, dass die Veranstalter Planungssicherheit haben und Grossanlässe grundsätzlich wieder stattfinden können.»

Gesundheitsminister Alain Berset macht nächste Woche den Kantonen nun einen Vorschlag. Kurz darauf wird der Bundesrat entscheiden, wie viel Spielraum es geben soll. Adrian Schmid und Denis von Burg



Will den Kantonen Vorschläge machen: Bundesrat Alain Berset

Foto: Keystone

Ein oberster Arzt soll durch die Corona-Krise führen

Gesucht ist ein neuer Mister Corona. Seit Daniel Koch pensioniert ist, schlittert das Bundesamt für Gesundheit (BAG) ohne spürbare Leaderfigur durch die Notlage – und macht dabei nicht den besten Eindruck. «In grossen Krisen sind an der Spitze Leader mit Fachkompetenz gefragt. Das erhöht die Glaubwürdigkeit», sagt Felix Gutzwiller, Alt-FDP-Ständerat und emeritierter Professor für Sozial- und Präventivmedizin. Als Beispiel nennt er Anthony Fauci in den USA. Gemäss Gutzwiller würde es helfen, gäbe es in der Schweiz «eine Art oberster Arzt».

Frühere BAG-Chefs wie Thomas Zeltner schlüpfen in eine solche Rolle. Einst wurde ohnehin verlangt, dass das Bundesamt von einem Arzt geführt werden müsse. Unterdessen steht mit Pascal Strupler ein Jurist an der Spitze, der während der Corona-Krise mehrheitlich im Hintergrund blieb. Im Oktober löst ihn Anne Lévy ab, eine Politologin mit Management-Weiterbildung. In der Geschäftsleitung ist heute nur ein Arzt vertreten.

Jürg Schlup, der Chef des Ärztesverbands FMH, sagt, dass im BAG medizinische Fachkompetenz vorhanden sei, was sich im Management zu wenig spiegle. «Im Bundesamt für Justiz wäre es auch nicht ideal, wenn an der Spitze keine Juristen vertreten wären.» Auch Politiker sind unzufrieden. «Das BAG braucht medizinische Verstärkung», sagt Ruth Humbel, Präsidentin der Gesundheitskommission. Dadurch erhielte das Amt auch mehr Akzeptanz in der Branche. «Im Bereich der Krankenversicherung kritisieren Ärzte immer wieder, die Leute im BAG kämen zu wenig draus.» Zudem verlangt die CVP-Nationalrätin, dass das Pandemieressort aufgewertet wird. Der Leiter der Abteilung für übertragbare Krankheiten gehöre in die Geschäftsleitung. Stefan Kuster, der diesen Job von Daniel Koch übernommen hat, ist nicht Teil des obersten BAG-Kaders. «Das muss sich ändern, weil uns Viren auch nach Corona stark beschäftigen werden», sagt Humbel.

Adrian Schmid, Denis von Burg